

sterpräsident *Piotr Jaroszewicz* Blumen, was auch die Parteipresse gebührend verzeichnete.

Subtiler und zugleich gefährlicher

Die Taktik der Ära Gierek ist subtiler als unter dessen Vorgänger Wladyslaw Gomulka und daher für die Kirche im Grunde gefährlicher. Das zeigen die Äußerungen des Vorsitzenden des staatlichen Kirchenamtes, *Kazimierz Kąkol*, am 5. Mai vor Parteijournalisten. Sie wurden in der Augustnummer der französischen Zeitschrift „Documentation Catholique“ abgedruckt und fanden große Beachtung im polnischen Episkopat. Darin hatte Kąkol versichert, er schäme sich, wenn Kommunisten anderer Länder ihn fragten, warum so viele Leute in Polen noch zur Kirche gehen. Zur Bekämpfung des Einflusses der Kirche seien jedoch gewaltsame Aktionen völlig ungeeignet, denn sonst würde die Kirche als eine belagerte Festung erscheinen, was sie nur noch populärer machen würde. Kąkols Rezept, das auch das Giereks sein dürfte, sind die Ganztagschule, mehr Vergnügungen, freie Wochenenden mit entsprechenden Kurzreisen und andere Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft. Dann werde die Kirche ähnlich wie im

Westen von selbst absterben. „Wenn wir die Kirche schon nicht vernichten können, so erlauben wir nicht, daß sie uns schadet“, versicherte er.

Um keine „Illusionen“ aufkommen zu lassen, hat Kardinal Wyszynski diese Äußerungen Kąkols am 20. August auf einer Tagung von Katecheten in Warschau ausführlich zitiert. Manchmal glaube die Kirche in kleinen Gesten der Regierung Anzeichen für bessere Zeiten zu sehen, meinte er. Auch wünsche die Kirche weiter die Normalisierung. „Aber wir dürfen eines nicht vergessen: das System des dialektischen Materialismus herrscht weiter.“ Allerdings habe der Kampf heute weniger doktrinären als politischen Charakter.

Daß Wyszynski trotz seiner relativen Zurückhaltung im Streit um die Verfassungsreform Anfang des Jahres und nach den Arbeiterprotesten gegen die Pläne für Preiserhöhungen für die Regierung weiter kein bequemer Partner ist, zeigte auch seine Predigt vom 26. August in Tschenstochau. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Umgestaltung Polens führte er auf das Mißtrauen des Volkes zur Führung zurück. Diese müsse ihren Regierungsstil milder gestalten. Mehr als deutlich rief er in die am Paulinerkloster aufgestellten Lautsprecher: „Hört auf mit der Quälerei! Unser Vaterland hat davon genug erlebt in den Zeiten

der Besatzung. Es ist höchste Zeit, daß nach 30 Jahren, die wir im eigenen Vaterland leben, endlich Ruhe, Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Menschen herrschen.“ Er forderte die Auflösung der Hälfte der Gefängnisse und die Beschäftigung des Sicherheitspersonals mit „edlerer Arbeit“.

Wie in Warschau zu hören war, soll Wyszynski von einem Teil der Geistlichkeit gedrängt worden sein, zu den Zwischenfällen Stellung zu nehmen. In der polnischen Kirche scheint sich in letzter Zeit eine gewisse Differenzierung abzuzeichnen. Während Wyszynski nach den Demonstrationen vom 25. Juni und den anschließenden Prozessen zunächst schwieg, fielen vor allem im Süden des Landes von den Kanzeln sehr harte Worte gegen die Regierung. Als einer der heftigsten Kritiker der kommunistischen Führung gilt der Bischof von Przemysl, *Tokarczuk*. In Kreisen polnischer Intellektueller hört man in letzter Zeit manchmal die Vermutung, daß der Regierung die national betonte Richtung des Primas Wyszynski im Grunde ganz gut passe, denn sie stimme mit manchen Tendenzen in der Parteiführung überein. Auch der Kardinal mahnt die Jugend, nicht kritiklos den Westen nachzuahmen, sondern sich auf die eigene, nationale Kultur zu besinnen.

R. M.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Beschränkung intellektueller Freiheit?

Zur Zerrüttung der österreichischen Presse-Landschaft

Die österreichische Media-Analyse 1976, die Ende August erschien, bestätigte den schon seit Jahren erkennbaren Trend: Die Starken werden stärker, die Schwachen schwächer, die Pressekonzentration nimmt noch weiter zu. Nun, ähnliches ist in fast allen westeuropäischen Ländern zu beobachten. Das Besondere an der Lage des Zeitungswesens in Österreich ist jedoch die Vehemenz dieser Ent-

wicklung, die die Gefahr totalitärer Züge in sich trägt, und die zunehmende Verfilzung der Massenmedien mit kapitalkräftigen Gewerkschafts- und Wirtschaftsverbänden. Damit erhält der Zustand der Medien besondere politische Relevanz. Das ganze Ausmaß der Folgen dieser schwerwiegenden Entwicklung kann im einzelnen heute noch gar nicht abgeschätzt werden.

Wirkungen der Nazi- und Besatzungszeit

Ausgangspunkt dieser verhängnisvollen Entwicklung war die abrupte Unterbrechung der spezifisch österreichischen Traditionen im Journalismus durch die nationalsozialistische Ära und durch die nachfolgende Besatzungszeit. Konnte Österreich in den Zeiten der Monarchie und der Ersten Republik mit international beachteten Blättern wie der liberalen „Neue Freie Presse“, der katholischen „Reichspost“ und der sozialistischen „Arbeiter-Zeitung“ aufwarten, so ist es nach 1945 nicht einmal mehr gelungen, ein einziges wirtschaftlich gesundes Blatt internationalen Zuschnitts hervorzubringen. Dies ist ein staatspolitisch folgenschweres Phänomen.

Oft wird darüber gerätselt, warum das so gekommen ist. Nun wirkte sich ohne Zweifel die *Ausmerzung und Austreibung des jüdischen Elements* verhängnisvoll für die Substanz des österreichischen Journalismus aus, es kam zu einer intellektuellen Verarmung in der österreichischen Publizistik, die bis zur Gegenwart nicht ausgeglichen werden konnte. Der ständige „Export“ journalistischer Talente aus Österreich in westliche Länder, vor allem in die Bundesrepublik, zeigt jedoch, daß der personelle Umstand allein nicht ausschlaggebend sein kann. Vielmehr war es wohl die würgende Kapitalarmut nach dem Krieg, die vierfache Besetzung Österreichs bis 1955 und die Abschneidung des Landes von seinen Nachbarn im Osten und Südosten, die zur Provinzialisierung der österreichischen Presse führten. Der Eiserner Vorhang an der tschechoslowakischen, ungarischen und jugoslawischen Grenze trennte in den Nachkriegsjahren nicht nur Verwandte und Freunde voneinander, er beraubte die österreichischen Zeitungen traditioneller Absatzgebiete, in denen noch lang nach dem Untergang der Monarchie Österreichs Presse publizistisch wirksam war.

Dazu kam das so *gegensätzlich praktizierte System der Lizenzerteilung für Zeitungen durch die Besatzungsmächte*. Die sowjetische und die britische Besatzungsmacht in Ost- und Südösterreich ließen mehrere Jahre hindurch ausschließlich das Erscheinen von Zeitungen der damals zugelassenen drei politischen Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) zu, während die Amerikaner und Franzosen in Westösterreich lediglich Einzelpersonen die Herausgabe von Tageszeitungen gestatteten und keine Parteiblätter duldeten. Die Folge war eine jahrelange Vorherrschaft der Parteizeitungen in Wien, Niederösterreich, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten, die erst nach 1948 von den seither erscheinenden Blättern unter dem Sammelbegriff „unabhängig“ mit Erfolg konkurrenziert werden konnten. In den westlichen Bundesländern hingegen hatten von Oberösterreich über Salzburg bis Tirol und Vorarlberg die Zeitungen der ad personam bestellten Verleger eine überaus starke Position errungen, so daß die Parteipresse in diesen Ländern bis zum heutigen Tag keine Rolle spielt und man an Hand der österreichischen Zeitungslandschaft noch heute die Grenzen der ehemaligen Besatzungszonen in etwa nachzeichnen kann.

Für die *katholische Presse* fiel schon im Frühsommer 1945, als der Krieg noch kaum beendet war, im sowjetisch besetzten Wien eine folgenschwere Entscheidung: *Friedrich Funder*, ehemaliger Chefredakteur der christlich-sozialen „Reichspost“, beschloß angesichts der Pressepolitik der Besatzungsmacht, die lediglich Tageszeitungen politischer Parteien zuließ, die „Reichspost“ nicht mehr herauszugeben und mit der „*Furche*“ eine neue katholische Wochenzeitung zu gründen. Als Gegenleistung erhielt der katholische Verlag „Herold“ die Zusicherung eines langfristigen Druckauftrages für das ÖVP-Organ „*Das kleine Volksblatt*“, das zusammen mit den Parteiblättern der SPÖ und der KPÖ im August 1945 zum erstenmal erscheinen konnte. Die ÖVP verzichtete damit auf eine eigene Druckerei in Wien, eine Entscheidung, die Jahre später den Untergang der ÖVP-Presse in Österreich wesentlich beschleunigte, die Katholiken hatten in der Bundeshauptstadt kein parteiungebundenes Tagblatt mehr.

Als der Druck der Besatzungsmächte allmählich nachließ, konnten auch in *Ost- und Südösterreich* Ende der vierziger Jahre andere Zeitungen als die lizenzierten Parteiblätter erscheinen. Besonders wichtig war die Gründung der „*Presse*“, die von *Ernst Molden*, dem letzten Chefredakteur-Stellvertreter der „*Neuen Freien Presse*“ vor deren Einstellung in der NS-Zeit, herausgegeben wurde. Ernst Moldens Sohn Fritz, der im österreichischen Widerstand tätig war, konnte bei Freunden in den USA Geldquellen für diese Zeitungsgründung erschließen, doch blieb das Unternehmen von immerwährender wirtschaftlicher Unsicherheit begleitet, bis Fritz Molden die Zeitung 1961 verkaufen mußte und sich auf seinen Buchverlag beschränkte. In späterer Folge geriet die „*Presse*“ voll in den Besitz der Bundeswirtschaftskammer und des ÖVP-Wirtschaftsbundes, wenn auch das Blatt unter der Chefredaktion von *Otto Schulmeister* seine Linie redaktioneller Eigenständigkeit und liberaler Note trotz aller Schwierigkeiten weiterzuführen versuchte.

Erfolge und Mißerfolge

In *Südösterreich* kam es Ende der vierziger Jahre ebenfalls zu einer Wiedergründung: Die vom katholischen Preßverein in der Steiermark herausgegebene „*Kleine Zeitung*“, 1938 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und dem NS-Gauverlag eingefügt, 1945 sowohl von den Sowjets wie von den später in der Steiermark eingerückten Engländern verboten, erschien als Tageszeitung wieder. Das Blatt war bereits eine Gründung aus dem Jahre 1904, doch wurde es bis zum „Anschluß“ im Jahr 1938 nichts mehr als ein Massenblatt ohne sonderliche politische Ambition. Als „*Styria*“-Generaldirektor *Karl Maria Stepan*, aus dem KZ zurückgekehrt, den Plan der Wiedergründung der „*Kleinen Zeitung*“ durchsetzte, zielte er auf eine viel profiliere geistige Aussage ab. Die Anfänge waren jedoch wenig ermutigend. Schwierigkeiten in der Papierzuteilung und ein von den Koalitionsparteien erzwungener Böykott

durch die *Austria-Press-Agentur (APA)* ließen das Experiment schier hoffnungslos werden. Schon war der Beschluß über die Einstellung des Blattes gefaßt, da berief Stepan einen jungen Journalisten namens *Hans Dichand* nach Graz, der ihm aufgefallen war und der eine erste Auflagensteigerung erreichte. In späterer Folge gelang es der „Kleinen Zeitung“ in der Steiermark, die Parteiblätter zu überrunden und zur auflagenstärksten Zeitung zu werden. Bald konnte auch die in Klagenfurt hergestellte Ausgabe für Kärnten und Osttirol die Spitzenposition erreichen. Damit wurde die „Kleine Zeitung“ zur größten Bundesländerzeitung und zur drittgrößten Tageszeitung Österreichs, die eine Linie christlicher Offenheit artikuliert.

Mittlerweile war mit dem Ende der Besatzungszeit in Österreich das amerikanische Besatzungsblatt „*Wiener Kurier*“ im Oktober 1954 in österreichische Hände übergegangen. Hans Dichand wurde zum Chefredakteur dieses Blattes von Graz nach Wien berufen, und es gelang dem instinktsicheren „Blatt-Macher“, den „*Kurier*“ zu halten und auszubauen. Die eigentliche politische Bedeutung vermochte dem „*Kurier*“ allerdings erst Dichands Nachfolger, *Hugo Portisch*, zu geben, der 1958 die Leitung des Blattes übernahm, die grundsätzliche Linie in Form betonter Amerikafreundlichkeit und prinzipiell antikommunistischer Haltung weiterführte. Er verstand es, der Zeitung innenpolitisch ein eigenständiges Profil zu geben und die Liberalität des Redaktionskurses zu unterstreichen. Anfang der sechziger Jahre erreichte der „*Kurier*“ den Höhepunkt seines publizistischen Einflusses. Durch eine Unterschriftenaktion des Blattes, der sich die „*Kleine Zeitung*“ und die „*Wochenpresse*“ anschlossen, wurde 1963 der Beginn einer Aktion gegen den totalen Parteiproporz im Österreichischen Rundfunk markiert, die weittragende innenpolitische Folgen haben sollte: 52 Zeitungen und Zeitschriften schlossen sich zum *ersten österreichischen Volksbegehren* zusammen, das mit insgesamt 832 353 Unterschriften einen parteiunabhängigen Rundfunk in Österreich forderte und das 1967 unter der ÖVP-Alleinregierung zum neuen Rundfunkgesetz und zur Installierung von ORF-Generalintendant Gerd Bacher führte.

Ökonomische und personelle Krisen

In den folgenden Jahren kam es zu ökonomischen und personellen Krisen in den parteiunabhängigen Blättern, vor allem in Wien. Hugo Portisch schied aus dem „*Kurier*“ aus. *Kurt Skalnik*, der Nachfolger Friedrich Funders, verließ mit seiner ganzen Mannschaft die traditionsreiche „*Furche*“. Günther Nennung, brillanter Formulierer im liberalen „*Forum*“, katholischer Sozialist und „Gehirnprothese“ des Rundfunkvolksbegehrens der parteiunabhängigen Presse, verlor sich in den Pamphletismus linksradikalen Sektierertums. Der Einfluß der parteiunabhängigen Zeitungen ging relativ rasch zurück, nicht zuletzt durch

neue Entwicklungen auf dem österreichischen Zeitungsmarkt, wo *Gustav Canaval*, der legendäre Chefredakteur der seriösen „*Salzburger Nachrichten*“, schon in den fünfziger Jahren versucht hatte, mit einem Boulevardblatt in Wien den Zeitungsmarkt zu erobern. Damals war *Gerd Bacher* als junger Journalist von Salzburg nach Wien gekommen. Sein Boulevardblatt setzte sich aber gegen den „*Kurier*“ nicht durch. Währenddessen kam es 1959 mit Hilfe von Geldmitteln, die der damalige Gewerkschaftsbundpräsident *Franz Olah* auf krause Art besorgt hatte, zur Wiedergründung der „*Kronenzeitung*“.

Dieses Blatt war schon im Jahr 1900 zum erstenmal erschienen und errang in der Zeit der Monarchie vor allem im Raum von Wien als billiges Massenblatt große Popularität. 1944 wurde es eingestellt. Hans Dichand, wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem „*Kurier*“-Herausgeber aus diesem Blatt ausgeschieden, wurde Chefredakteur auch dieser Neugründung. Der Erfolg des Blattes war vorerst mehr als bescheiden. Als jedoch Franz Olah in zunehmende Konflikte mit seiner eigenen Partei geriet, als die SPÖ mit Olah brach, ihn aus der Partei ausstieß und Olah schließlich zu Kerkerhaft verurteilt wurde, begann die „*Kronenzeitung*“ für weite Kreise interessant zu werden. Sie attackierte in wildester Form führende Funktionäre der SPÖ und führte wochen-, ja monatelang wüsteste Attacken gegen den Olah-Nachfolger im Gewerkschaftsbund, Anton Benya, und gegen Justizminister *Christian Broda*, der als besonders vehementer Gegner Olahs bekannt war und den die „*Kronenzeitung*“ wegen seiner Strafrechtsreform in zentimetergroßen Schlagzeilen als „*Hoffnung der Mörder*“ bezeichnete. Diese bis dahin noch nie dagewesene Kampagne einer Zeitung führte knapp vor den Nationalratswahlen 1966 zu einer nervösen Kurzschlußhandlung: Aufgrund einer Klage des Gewerkschaftsbundes wurde durch Gerichtsbeschluß, für den man in der Öffentlichkeit Justizminister Broda verantwortlich machte, eine kommissarische Verwaltung in der „*Kronenzeitung*“ eingesetzt. Beispiellose Aufregung folgte diesem Coup, das Wort des SP-Zentralorgans von der endlich erreichten „*Ausräucherung*“ der „*Kronenzeitung*“ wurde zum Wahlschlager, bis der Beschluß des Gerichtes wenige Tage später wieder aufgehoben wurde. Der Eklat aber blieb: Nicht zuletzt infolge der Olah-Affäre und der „*Kronenzeitung*“-Besetzung erlitt die SPÖ am 6. März 1966 eine vernichtende Niederlage, und die ÖVP konnte die erste Alleinregierung seit Bestehen der Republik Österreich bilden.

„Boulevardisierung“ und Einfluß der Sozialpartner

Die „*Kronenzeitung*“ war nun in aller Munde. Ihre Auflage stieg sprunghaft an, unterstützt von ihren keineswegs wählerischen und in ihrer Aggressivität bisher unbekanntem Werbe- und Vertriebsmethoden. 1969 kam es zu einem Vergleich zwischen der „*Kronenzeitung*“ und dem *Gewerkschaftsbund*, der auf alle Eigentumsrechte verzich-

tete, dafür aber eine Entschädigung von 7,8 Millionen S zugesichert erhielt. Was noch vereinbart wurde, blieb bis heute unbekannt. Tatsache ist die ab diesem Datum festzustellende totale Änderung in der Linie der „Kronzeitung“, die seither zum inoffiziellen, aber getreuen Sprachrohr Benyas und des ÖGB geworden ist. Mit Millionen-Preisaußschreiben wurde die Auflage Jahr für Jahr hinaufgetrieben. 1969 erreichte die „Kronzeitung“ laut Media-Analyse bereits eine Million Leser (Leserziffern laut Media-Analyse 1976: Kronzeitung 1848000, Kurier 759000, Kleine Zeitung 508000, Oberösterreichische Nachrichten 222000, Tiroler Tageszeitung 183000, Arbeiterzeitung 116000, Salzburger Nachrichten 118000, Die Presse 112000).

Mit dieser Entwicklung erfolgte immer stärker eine „Boulevardisierung“ des österreichischen Pressewesens. Was 1959 Franz Olah mit der Gründung der „Kronzeitung“ erreichen wollte, eine wirksame Konkurrenz des ÖVP-Volksblattes in Wien, wurde ein Jahrzehnt später in einer ganz anderen Konstellation weit übertroffen: Das „Volksblatt“ mußte eingestellt werden, damit verlor die Volkspartei ihre einzige Tageszeitung in der Bundeshauptstadt und in ganz Ostösterreich, die anderen Blätter im Osten des Bundesgebiets sahen sich einer tödlichen Konkurrenz gegenüber.

In dieser Situation wurde 1972 bekannt, daß der Herausgeber des „Kurier“ entschlossen sei, das Blatt aus Gesundheitsgründen zu verkaufen. Hier traf nun der Boulevardisierungs-Mechanismus im österreichischen Pressewesen mit den politischen Ambitionen der in Österreich so mächtigen *Sozialpartner* zusammen. Sie, die Interessenvertreter der Arbeitnehmer, der Industrie und der Gewerbetreibenden, fühlen sich durch ein eingespieltes System des „Klassenkampfes auf dem grünen Tisch“ jenseits aller Schwankungen der Wahlergebnisse als Garanten des inneren Friedens in Österreich. Die Sozialpartner pochen auf ihre Leistung, den Produktionsanstieg der österreichischen Wirtschaft durch möglichste Konfliktminimierung erzielt zu haben. Jedem Herrschaftsverhältnis ist aber die Tendenz zur Ausdehnung der Macht in neue Bereiche eigen. „Auch die Sozialpartnerschaft scheint sich dieser Tendenz nicht entziehen zu können“, schrieb der Gewerkschafter *Egon Matzner*, und belegte diese Hypothese mit der Einflußnahme auf Zeitungen: So wie der Gewerkschaftsbund die „Kronzeitung“ an der Hand hatte, so gehörte mittlerweile der Bundeswirtschaftskammer die „Presse“ und der Industriellenvereinigung in Wien die „Wochenpresse“. Beim angekündigten Kauf des „Kurier“ ließ nun eine Bankengruppe der „Sozialpartner“ die Absicht erkennen, das 450-Millionen-Schilling-Projekt zu erwerben, wobei als Geschäftsführer einer der „Kronzeitung“-Herausgeber vorgeschlagen wurde.

Diese Zusammenfassung der beiden Wiener Boulevard-Giganten in einer Hand hätte *eine für westliche Staaten beispiellose Zeitungskonzentration* mit einem Marktanteil von mehr als 90 Prozent in Ostösterreich bedeutet. Dies

zu verhindern, schlossen sich Wirtschaftstreibende zusammen, um das Kapital für den Kauf des „Kurier“ aufzubringen – unterstützt vom Verlag „Styria“ in Graz, der die „Kleine Zeitung“ herausgibt und der zur Verhinderung einer solchen Kumulierung publizistischer Macht bereit war, sein eigenes Zeitungsmanagement zur Verfügung zu stellen. Nach Wochen komplizierter Verhandlungen gelang das Unglaubliche: Die „Sozialpartner“-Gruppen wurden ausmanövriert, 300 Kommanditisten mobilisiert, der „Kurier“ gekauft, und einer der beiden Geschäftsführer der neuen „Kurier“-Gesellschaft wurde „Styria“-Generaldirektor *Hanns Sassmann*.

Symptome der Verwüstung

Die Pläne um eine große Sozialpartner-Lösung waren aber damit nicht zu den Akten gelegt. Hinter den Kulissen kam es zu Verhandlungen über eine Kapitalverflechtung zwischen „Kronzeitung“ und „Kurier“, der dem Einflußbereich der Industriellenvereinigung zugestanden wurde. Die Krönung eines solchen Abkommens sollte die Zusammenfassung der in Wien erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen durch Verflechtung einer eher „rechten“ und einer eher „linken“ Konzern-Verbindung sein. Als diese Pläne im Jänner 1974 bekannt wurden, kam es zu empörten Reaktionen, vor allem in den Bundesländern, da die Information in Wien über diese Vorgänge durch das Schweigen der daran beteiligten Zeitungen außerordentlich lückenhaft war. Die Chefredakteure aller Bundesländerzeitungen, von den ÖVP-Zeitungen über die SPÖ-Blätter bis zu den unabhängigen Organen drohten mit Kampfmaßnahmen im Fall einer solchen „Elefantenhochzeit“ in Wien. Denn eines war allen Länderzeitungen klar: Die Dampfwalze der von den „Sozialpartnern“ im Hintergrund gesteuerten Boulevard-Giganten würde nach vollzogener Einigung in Wien auch die Bundesländer überrollen. So tobt nun schon seit 1972 in der Steiermark ein in dieser Härte noch nicht dagewesener erbitterter Zeitungskrieg, der durch einen „Straffeldzug“ der „Kronzeitung“ gegen die „Kleine Zeitung“ ausgelöst worden war. Diese hatte sich angesichts der drohenden „Elefantenhochzeit“ in Wien besonders exponiert.

Unter dem Eindruck der massiven Proteste scheiterte die angepeilte „große Lösung“. Die *Pläne zur Fusion und Interessen-Teilung* der Wiener Blätter wurden aufgeschoben. Generaldirektor Hanns Sassmann löste man von seiner Funktion als „Kurier“-Geschäftsführer kurzerhand ab. Der latente Kriegszustand im österreichischen Zeitungswesen beruhigte sich kaum. Die „Kronzeitung“, die in der Steiermark auf den erbitterten Widerstand der „Kleinen Zeitung“ stieß, den sie bis heute nicht brechen konnte, wich nach Salzburg aus. Der „Kurier“ kam mit einer eigenen Tiroler Ausgabe heraus. Die „Kleine Zeitung“ schloß indessen einen Kooperationsvertrag mit der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“, die durch massiven Werbeeinsatz relativ rasch an Boden gewinnt.

Diese Auseinandersetzungen bedrohen in akuter Weise die Existenz auflagenschwacher Blätter, deren Struktur auch durch die halbherzige und ideenlose direkte Subventionspolitik der Regierungs-Presseförderung nicht wesentlich verbessert werden kann. Preisausschreiben, in denen den Lesern Siedlungshäuser, Autos, Kühlschränke etc. versprochen werden, Abwerbungen von Journalisten mit Handgeldern in Millionenhöhe, Erpressungsversuche an Politikern, die gegen solche Methoden Bedenken erheben: das sind die Symptome einer verwüsteten Presselandschaft, in der die mächtigen Gewerkschafts- und Wirtschaftsverbände den Ton angeben und eine angenehme Kritik schon heute weithin ausschalten können. Mit der Beseitigung des Bacher-Rundfunks, der trotz seiner Schwächen immerhin zum erstenmal ein parteiunabhängiges Eigengewicht erlangen konnte, und mit dem neuen Rundfunkgesetz 1974, das nicht zuletzt Gewerkschaftsbundpräsident Anton Benya immer wieder gefordert hatte, ist im Bereich der elektronischen Medien in ähnlicher Weise eine Installierung der Sozialpartner-Macht und eine Ausschaltung kritischer Potenz gelungen. Kein geringerer als der bereits zitierte Gewerkschafter Egon Matzner beschrieb diesen Zustand folgendermaßen: „Betrachtet man die Grundlagen, von denen heute ernsthafte Gesellschaftskritik betrieben werden kann, dann drängt sich der Schluß auf, daß bereits heute eine Kräftekonstellation (in Österreich) existiert, die wichtige Voraussetzungen zur Beschränkung der intellektuellen Freiheit mit einschließt.“

Austrocknung in der katholischen Presse

Die katholische Presse konnte sich von diesem allgemeinen Niedergang nicht freihalten, obwohl die Kathpress, die katholische Nachrichtenagentur Österreichs unter der rührigen Leitung ihres Chefredakteurs *Richard Barta*, wertvolle Hilfestellung leistet. Am günstigsten steht es

noch – sieht man vom Sonderfall „Kleine Zeitung“ ab – mit den regionalen Wochenblättern in Nieder- und Oberösterreich, die von den katholischen Preßvereinen in diesen Ländern mit Ambition herausgegeben werden. Die diözesane Kirchenpresse hingegen muß in den meisten Diözesen ein langsames, aber stetiges Abbröckeln ihrer Auflagen zur Kenntnis nehmen. Der „*Volksbote*“ in Innsbruck unter der Chefredaktion von *Benedikt Posch* versuchte sich zu reformieren, änderte seinen Titel auf „*präsent*“, modernisierte sein Layout und tut sein Möglichstes, um in seiner schwierigen geographischen Randlage die Stellung zu halten.

Besonders tragisch gestaltete sich das Schicksal der „*Furche*“ in Wien, einst Markenzeichen katholischer Publizistik in Österreich. Das Blatt kämpfte schon seit Jahren um das Überleben, und der Kollaps des Verlages „*Herold*“ in Wien ließ zu Beginn des Jahres den nahen Einstellungsbeschluß unvermeidlich erscheinen. Überbrückungsmaßnahmen ermöglichten jedoch ein Hinauszögern dieser bitteren Entscheidung bis zum Sommer, und nun sind mittlerweile die Voraussetzungen dafür getroffen worden, daß die „*Furche*“ unter wesentlicher Mithilfe des Verlages „*Styria*“ in Graz und des früheren Finanzministers Wolfgang Schmitz einen neuen Beginn versuchen kann. Unter der Geschäftsführung des langjährigen Generalsekretärs der Katholischen Aktion Österreichs, *Walter Schaffelhofer*, und unter der Chefredaktion von *Felix Gammillschegg* wird die „*Furche*“ Anfang November inhaltlich und graphisch völlig umgestellt. Die Zweimonatszeitschrift „*Wort und Wahrheit*“ (Herder, Wien) zuletzt redigiert von dem unvergeßlichen *Otto Mauer*, konnte jedoch trotz zahlreicher Bemühungen um eine Wiederbelebung nicht mehr gerettet werden. Diese im In- und Ausland angesehene Revue ist wohl für immer verstummt, und ihr Schweigen kündigt laut nicht nur von einer bedrohlichen Krisensituation der österreichischen Publizistik, sondern auch von einer intellektuellen Austrocknung des österreichischen Katholizismus. *Fritz Csokelich*

Tagungsbericht

Religion, Glaube und Politik

Zu einer Tagung der Katholischen Akademie Hamburg

Das Verhältnis von Religion und Politik wird immer wieder dann zum Problem, wenn der Vorwurf unberechtigter Einmischung erhoben wird, mag dieser nun ein- oder gegenseitig sein. Im allgemeinen gilt in der Bundesrepublik, daß zwischen Kirche und Staat ein partnerschaftliches Verhältnis besteht. Sobald aber die Kirche das Verhalten

einer Regierung oder Partei kritisiert, wird sie leicht der Parteinahme für andere politische Richtungen verdächtigt. In jüngster Zeit war es der Vorwurf der Kirche, daß die Grundwerte in unserem Staat gegenwärtig in Gefahr sind. Die SPD/FDP-Regierung hat diesen Vorwurf dahingehend interpretiert, daß die katholischen Bischöfe der Mei-